

Baloise KMU Geschäftsversicherung

Produktinformationen und Vertragsbedingungen

Ausgabe 2020 A

Produktinformationen

Vertragsbedingungen ab Seite 7

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde

Die Produktinformationen sollen zum besseren Verständnis der Versicherungsvertragsunterlagen beitragen.

Massgebend für den Inhalt und den Umfang der gegenseitigen Rechte und Pflichten sind ausschliesslich der Versicherungsvertrag und die Vertragsbedingungen (VB).

Der Versicherungsvertrag untersteht Schweizerischem Recht, insbesondere dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG). Vorbehalten bleibt bei Verträgen mit einem Bezug zum Fürstentum Liechtenstein die Anwendung dessen Rechts, soweit sie zwingend vorgeschrieben ist. In diesen Fällen gelten in Ergänzung dieser VB die «Zusätzlichen Bestimmungen für Versicherungsverträge, die liechtensteinischem Recht unterstehen».

1. Vertragspartner

Vertragspartner ist die Basler Versicherung AG (nachfolgend Basler genannt), Aeschengraben 21, Postfach, CH-4002 Basel.

Im Internet ist die Basler unter www.baloise.ch zu finden.

2. Umfang des Versicherungsschutzes

Nachfolgend wird über den zur Auswahl stehenden Versicherungsschutz informiert. Dabei handelt es sich um eine Zusammenfassung, welche die Orientierung erleichtern soll. Eine abschliessende allgemeine Beschreibung des Versicherungsschutzes und seiner Einschränkungen (Deckungsausschlüsse) kann den Vertragsbedingungen entnommen werden.

Mit der Baloise KMU Geschäftsversicherung kann der Versicherungsschutz, den individuellen Bedürfnissen entsprechend, zusammengestellt werden. Einzeln oder in Kombination können folgende Produktlinien abgeschlossen werden:

- All Risks-Versicherung für Inventar und Betriebsunterbruch
- Betriebs-Haftpflichtversicherung
- Betriebsrechtsschutzversicherung

Die Details (Produktlinie, Deckungselemente, Versicherungssummen, Leistungsbegrenzungen, Prämien, Selbstbehalte) zum gewählten Versicherungsschutz sind in der Offerte und nach Vertragsabschluss im Versicherungsvertrag dokumentiert.

2.1 All Risks-Versicherung für Inventar und Betriebsunterbruch

Versicherte Sachen, Kosten und Erträge sind:

→ Geschäftsinventar

Sämtliches dem Versicherungsnehmer gehörendes Geschäftsinventar einschliesslich geleasteten oder gemieteten Sachen, Neuanschaffungen und Wertsteigerungen sowie dem Versicherungsnehmer von Dritten anvertraute Sachen

- Waren
- Technische Einrichtungen
- Übrige Einrichtungen
- Arbeitsmotorwagen, Arbeitsanhänger, Spezialfahrzeuge (alle mit Kontrollschild) und unbemannte Luftfahrzeuge

→ Geldwerte

Geldwerte als liquide Mittel im Eigentum des Versicherungsnehmers, einschliesslich dem Versicherungsnehmer anvertraute Geldwerte

→ Übrige Sachen

- Unbewegliche Sachen ausserhalb von Gebäuden
- Persönliche Effekten des Geschäftsinhabers, sowie von Personal, Gästen, Besuchern und Kunden des Versicherungsnehmers

→ **Kosten**

Kosten, welche dem Versicherungsnehmer unmittelbar und in direktem Zusammenhang als Folge eines versicherten Ereignisses an versicherten Sachen entstehen. Zum Beispiel für Aufräumung, Bergung, Entsorgung, Dekontamination, Schlossänderung, Notmassnahmen (wie Notverglasungen, Nottüren, Notschlösser), Wiederherstellung von Daten

→ **Betriebsunterbruch**

Ertragsausfälle und Mehrkosten (inkl. besondere Auslagen), die entstehen, wenn der Betrieb des Versicherungsnehmers als Folge eines versicherten Ereignisses an versicherten Sachen vorübergehend nicht oder nur teilweise weitergeführt werden kann

→ **Rückwirkungsschäden aus Fremdbetrieben**

Ertragsausfälle und Mehrkosten, die entstehen, wenn ein Fremdbetrieb von einem nach diesem Vertrag versicherten Schaden betroffen wird und dadurch der Betrieb des Versicherungsnehmers vorübergehend nicht oder nur teilweise weitergeführt werden kann

Die genannten Sachen, Kosten und Erträge sind versichert gegen unvorhergesehen und plötzlich eintretende/n physische/n Beschädigung, Zerstörung oder Verlust.

Nicht versichert sind unter anderem

- Cyberereignisse (z.B. Malware) ohne physischen Schaden
- Schäden, welche kantonale versichert werden müssen
- einfacher Diebstahl, Verlieren, Verlegen, Inventurmanko
- Selbstverderb, Schwund, Verdunstung von Waren
- Schäden an Sachen, welche unmittelbar durch deren Herstellung oder Bearbeitung verursacht werden

Der Versicherungsschutz kann bedarfsgerecht erweitert werden auf:

- einfachen Diebstahl
- Epidemie
- Beschädigung von Verglasungen gemieteter Gebäude/Räumlichkeiten
- Warenverderb

2.2 Betriebs-Haftpflichtversicherung

Wird ein Versicherter mit Haftpflichtansprüchen konfrontiert, prüft die Basler die Ansprüche, entschädigt berechnete und wehrt unberechtigte ab.

Der Versicherungsschutz beinhaltet insbesondere die gesetzliche Haftpflicht wegen Personen- oder Sachschäden

- aus Eigentum oder Besitz von Grundstücken, Gebäuden, Räumlichkeiten und Anlagen (Anlagerisiko)
- aus betrieblichen Vorgängen (Betriebsrisiko)
- aus der Herstellung oder dem Vertrieb von Produkten (Produktisiko).

Nicht versichert sind unter anderem Ansprüche

- aus Schäden des Versicherungsnehmers
- aus nicht richtiger Vertragserfüllung und Gewährleistung
- aufgrund einer vertraglich übernommenen, über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehenden Haftung, vorbehaltlich einzelner Ausnahmen
- im Zusammenhang mit besonderen Produkten und Stoffen

- im Zusammenhang mit allmählich entstandenen Umweltbeeinträchtigungen

2.3 Betriebsrechtsschutzversicherung

Die Betriebsrechtsschutzversicherung bietet Versicherungsschutz bei einer Vielzahl von rechtlichen Angelegenheiten, mit denen ein Unternehmen konfrontiert sein kann.

Die Grunddeckung umfasst sofern im Versicherungsvertrag vereinbart, den folgenden Versicherungsschutz:

- Betriebsrechtsschutz
- Firmenwagenrechtsschutz
- Lenkerrechtsschutz

Der Versicherungsschutz kann abhängig von der Betriebsart erweitert werden mit:

- Erweiterter Vertragsrechtsschutz
- Wettbewerbsrechtsschutz
- Inkasso Rechtsschutz
- All Rights Rechtsschutz
- Vermieterrechtsschutz
- Familienrechtsschutz für Firmeninhaber

Die Höhe der Versicherungssummen je Schadenereignis können Sie Ihrem Versicherungsvertrag entnehmen.

Nicht versichert sind unter anderem

- Schadenersatz und Genugtuung
- Die Kosten, zu deren Übernahme ein Haftpflichtiger oder ein Haftpflichtversicherer verpflichtet ist
- Bussen, zu denen der Versicherte verurteilt wird
- Kosten von Blut- oder ähnlichen Analysen sowie von medizinischen Untersuchungen, wenn ein Ausweisenzug rechtskräftig angeordnet wird
- Kosten für Verkehrsunterricht, der von einer Verwaltungs- oder richterlichen Behörde angeordnet wird.

3. Zeitlicher und örtlicher Geltungsbereich

3.1 All Risks-Versicherung für Inventar und Betriebsunterbruch

Die Versicherung gilt für Schäden, die während der Vertragsdauer an den im Versicherungsvertrag aufgeführten Versicherungsorten eintreten.

Bei vorübergehenden Aufenthalten ausserhalb dieser Versicherungsorte sowie während Transporten gilt die Versicherung weltweit.

Für Erdbeben ist die Deckung auf die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein beschränkt.

3.2 Betriebs-Haftpflichtversicherung

Die Versicherung gilt - je nach Betriebsart - für Schäden, die während der Vertragsdauer eintreten bzw. für Schadenersatzansprüche, die während der Vertragsdauer erhoben werden.

Der Versicherungsschutz gilt weltweit. In Bezug auf direkte Exporte von Produkten durch den Versicherungsnehmer nach USA

oder Kanada jedoch nur, sofern dies im Versicherungsvertrag vereinbart ist.

3.3 Betriebsrechtsschutzversicherung

Gedeckt sind Rechtsfälle, deren für das Ereignis massgebende Datum während der Gültigkeitsdauer des Vertrages liegt und dieses nach Ablauf einer allfälligen Wartefrist eingetreten ist, sofern die Fallanmeldung spätestens 12 Monate nach Beendigung des Versicherungsvertrages erfolgt.

Als massgebendes Datum für eine Rechtsstreitigkeit gilt grundsätzlich der erstmalige Bedarf nach Rechtshilfe. Streitigkeiten gemäss den versicherten Risiken sind gedeckt, sofern dieser Bedarf während der Gültigkeitsdauer des Vertrages auftritt, nicht in eine allfällige Wartefrist fällt und nicht bereits vor Versicherungsbeginn objektiv vorhersehbar war.

Bei versicherungs- und haftpflichtrechtlichen Streitigkeiten infolge eines Unfalls mit Personenschaden ist der Bedarf nach Rechtshilfe ab dem Unfallzeitpunkt, bei Streitigkeiten infolge Krankheit ab Eintritt einer Arbeitsunfähigkeit objektiv vorhersehbar.

Versichert sind Rechtsfälle mit Gerichtsstand innerhalb des aufgeführten geografischen Gebietes, sofern das Recht eines dieser Länder anwendbar und das entsprechende Urteil in einem dieser Länder vollstreckbar ist.

4. Beginn und Dauer des Versicherungsvertrages

Der Beginn und die Dauer des Versicherungsschutzes gehen aus dem Versicherungsvertrag hervor.

Der Versicherungsvertrag verlängert sich nach Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer jeweils stillschweigend um ein weiteres Jahr, wenn nicht eine der Vertragsparteien spätestens 3 Monate vor der jährlichen Fälligkeit eine schriftliche Kündigung erhalten hat.

5. Prämie und Selbstbehalte

Die Prämie wird pro Versicherungsjahr festgesetzt und ist im Voraus zu bezahlen. Die Höhe der Prämie hängt von den versicherten Risiken und der vereinbarten Deckung ab. Halbjährliche und vierteljährliche Zahlungsweise kann unter bestimmten Voraussetzungen gegen Entrichtung eines Zuschlages vereinbart werden.

Erlischt der Versicherungsvertrag vor Ablauf eines Versicherungsjahres, erstattet die Basler dem Versicherungsnehmer die bezahlte Prämie anteilig zurück.

Davon abweichend ist die Prämie für die zum Zeitpunkt der Vertragsauflösung laufende Versicherungsperiode vollständig geschuldet, wenn

- der Versicherungsnehmer den Versicherungsvertrag innerhalb von 12 Monaten nach Vertragsabschluss aufgrund eines Schadenfalls kündigt
- der Versicherungsvertrag wegen eines von der Basler entschädigten Totalschadens dahinfällt

Im Schadenfall trägt der Versicherungsnehmer je nach Vereinbarung einen Teil des Schadens selbst (Selbstbehalt).

6. Zahlungsverzug und Mahnfolgen

Wird die Prämie nach einer schriftlichen Mahnung nicht bezahlt, setzt die Basler eine 14-tägige Nachfrist an. Verstreicht diese ungenutzt, ruht der Versicherungsschutz (Deckungsunterbruch).

Mit vollständiger Zahlung der ausstehenden Prämien und sämtlicher Gebühren kann der Versicherungsvertrag wieder in Kraft gesetzt werden. Massgebend für das Wiederaufleben des Versicherungsschutzes ist der Zeitpunkt der Zahlung. Für die Zeit des Unterbruchs erhält der Versicherungsnehmer rückwirkend keinen Versicherungsschutz.

Der Versicherungsvertrag erlischt 2 Monate nach der im Mahnschreiben angesetzten 14-tägigen Nachfrist, es sei denn, die Basler fordert die ausstehende Prämie rechtlich ein (Betreibung).

7. Weitere dem Versicherungsnehmer obliegende Pflichten

Die dem Versicherungsnehmer gestellten Fragen und verlangten Angaben (z.B. Jahresumsatz, Bauart, Vollwerte) müssen wahrheitsgetreu sowie vollständig beantwortet werden (vorvertragliche Anzeigepflicht).

Ändern sich während der Laufzeit des Versicherungsvertrages die bei Vertragsabschluss erhobenen für die Risikobeurteilung erheblichen Tatsachen (Gefahrerhöhung), ist dies der Basler anzuzeigen.

Gefahrpräventive Obliegenheiten im Versicherungsvertrag (z.B. zur Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen) sind einzuhalten.

Tritt ein Schadenfall ein, muss dieser umgehend der Basler gemeldet werden.

Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, während und nach dem Schadenereignis für die Erhaltung der versicherten Sache zu sorgen und durch geeignete Massnahmen zur Verminderung des Schadens beizutragen (Rettungs- und Schadenminderungspflicht). Ebenso sind Veränderungen an den beschädigten Sachen zu unterlassen, welche geeignet sind, die Feststellung der Schadenursache oder dessen Höhe zu erschweren oder zu vereiteln (Veränderungsverbot).

Der Basler ist jede Auskunft über den Schaden zu geben und die für die Begründung des Entschädigungsanspruchs nötigen Angaben zu erteilen (Auskunftspflicht).

All Risks-Versicherung für Inventar und Betriebsunterbruch:

- Für die Schadenhöhe ist der Versicherungsnehmer beweispflichtig (Quittungen, Belege)
- Bei Diebstahl/Vandalismus ist unverzüglich die Polizei zu benachrichtigen. Der Versicherungsnehmer muss die Basler informieren, wenn die gestohlene Sache wieder beigebracht wird oder wenn er darüber Nachricht erhalten hat
- Der Schaden wird entweder durch die Vertragsparteien selbst, durch einen gemeinsamen Experten oder in einem Sachverständigenverfahren festgestellt

Betriebs-Haftpflichtversicherung:

Die Verhandlungen werden mit dem Geschädigten von der Basler als Vertreterin der Versicherten geführt. Erachtet die Basler den Beizug eines Anwaltes für angebracht, so muss ihr der Versicherungsnehmer die dazu nötige Vollmacht erteilen.

Werden die oben erwähnten Pflichten schuldhaft verletzt, kann die Basler den Versicherungsvertrag kündigen. Beeinflusst die schuldhafte Pflichtverletzung den Schadenseintritt oder -umfang, kann die Basler ihre Leistung reduzieren oder gar verweigern.

Betriebsrechtsschutzversicherung:

Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, einen Rechtsfall, für den er Leistungen beanspruchen möchte, schnellstmöglich bei der Basler anzumelden.

Solange die Verhandlungen durch die Assista geführt werden, enthalten sich der Versicherungsnehmer bzw. die Versicherten jeglichen Eingriffs.

Verletzen der Versicherungsnehmer bzw. Versicherte schuldhaft die vertraglichen oder gesetzlichen Obliegenheiten, wie zum Beispiel die Melde- und Mitwirkungspflichten, so ist die Assista berechtigt, die Leistungen zu verweigern oder zu kürzen.

8. Ende des Versicherungsschutzes

Der Versicherungsvertrag endet durch Kündigung sowie aus den von Gesetz oder Vertrag vorgesehenen Gründen.

| Kündigende Partei | Kündigungsgründe | Kündigungsfrist/-termin | Erlöschenszeitpunkt |
|------------------------|--|---|--|
| beide Vertragsparteien | Ablauf der im Versicherungsvertrag genannten minimalen Laufzeit | 3 Monate | Vertragsablauf |
| | Schadenfall, in welchem durch die Basler Leistung erbracht wurde | Versicherer: spätestens bei Auszahlung | 30 Tage nach Zugang der Kündigung beim Versicherungsnehmer |
| | | Versicherungsnehmer: spätestens 14 Tage seit Kenntnis der Auszahlung | 14 Tage nach Zugang der Kündigung beim Versicherer |
| | Schadenfall, in welchem durch die Assista Leistung erbracht wurde | Versicherer: spätestens bei Fallabschluss | 30 Tage nach Zugang der Kündigung beim Versicherungsnehmer |
| | | Versicherungsnehmer: spätestens 14 Tage seit Kenntnis des Fallabschlusses | 14 Tage nach Zugang der Kündigung beim Versicherer |
| | Die versicherte Sache wechselt in ihrer Gesamtheit den Eigentümer (Handänderung) | Versicherer: 14 Tage seit Kenntnis des neuen Eigentümers | 30 Tage nach Zugang der Kündigung beim neuen Eigentümer |
| Versicherungsnehmer | | Erwerber: 30 Tage seit Handänderung | Eigentumsübergang |
| | Prämien- und Selbstbehaltserhöhung aufgrund z.B. Tarifänderungen | vor Ablauf des laufenden Versicherungsjahres | Ablauf des laufenden Versicherungsjahres |
| | Prämienhöhung aufgrund wesentlicher Gefahrerhöhung | 30 Tage ab Zugang der Anzeige betreffend die Prämienhöhung | 30 Tage nach Zugang der Kündigung |
| | Verletzung der vorvertraglichen Informationspflicht gemäss Art. 3 VVG | 4 Wochen ab Kenntnis bzw. längstens 1 Jahr ab Vertragsabschluss | Zugang der Kündigung |

| Kündigende Partei | Kündigungsgründe | Kündigungsfrist/-termin | Erlöschenzeitpunkt |
|----------------------------------|--|---|-----------------------------------|
| Versicherer | Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht | 4 Wochen ab Kenntnis der Verletzung | Zugang der Kündigung |
| | Wesentliche Erhöhung der Gefahr | 30 Tage ab Zugang der Anzeige betreffend die Gefahrerhöhung | 30 Tage nach Zugang der Kündigung |
| | Doppel- und Mitversicherung | Innert 14 Tagen nach Zugang der Anzeige | 30 Tage nach Zugang der Kündigung |
| | Versicherungsbetrug | keine | Zugang der Kündigung |
| Besondere Erlöschengründe | | Erlöschenzeitpunkt | |
| Konkurs des Versicherungsnehmers | | Konkurseröffnung | |

Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.

9. Datenschutz

Im Interesse einer effizienten und korrekten Vertragsabwicklung sind wir als Versicherungsunternehmen auf die elektronische Datenbearbeitung angewiesen. Bei der Bearbeitung Ihrer Daten beachten wir das Schweizerische Datenschutzgesetz (DSG).

Einwilligungsklausel: Im Hinblick auf die Datenbearbeitung beinhaltet der Versicherungsantrag eine Einwilligungsklausel, welche die Basler zur gesetzeskonformen Datenbearbeitung ermächtigt.

Datenbearbeitung: Bearbeiten bedeutet jeder Umgang mit Personendaten, unabhängig von den angewandten Mitteln und Verfahren, insbesondere das Beschaffen, Aufbewahren, Verwenden, Umarbeiten, Bekanntgeben, Archivieren oder Vernichten von Daten. Die Basler bearbeitet die für Vertragsabschlüsse sowie Vertrags- und Schadenabwicklung relevanten Daten. In erster Linie werden dabei die Angaben des Versicherungsnehmers aus dem Versicherungsantrag und der Schadenanzeige bearbeitet. Allenfalls nimmt die Basler Rücksprache mit Dritten (z.B. Vorversicherer). Schliesslich bearbeitet die Basler die Daten des Versicherungsnehmers auch im Zusammenhang mit Produktoptimierungen sowie für interne Marketingzwecke. Im Antrag wird der Versicherungsnehmer auf sein Recht aufmerksam gemacht, der Basler schriftlich mitteilen zu können, wenn er nicht beworben werden will.

Datenaustausch: Im Interesse sämtlicher Versicherungsnehmer findet unter Umständen auch ein Datenaustausch mit Vor- und Rückversicherern im In- und Ausland statt. Um den Versicherungsnehmern einen preisgünstigen und umfassenden Versicherungsschutz anbieten zu können, wird ein Teil der Leistungen der Basler durch rechtlich selbständige Unternehmen im In- und zum Teil auch im Ausland erbracht. Daher ist die Basler, im Rahmen der Zweckbestimmung des Vertragsverhältnisses und unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, auf die konzerninterne wie auch konzernexterne Weitergabe der Daten des Versicherungsnehmers angewiesen.

Vermittler können die für die Betreuung und Beratung notwendigen Angaben aus den bei der Basler über den Versicherungsnehmer angelegten Daten erhalten. Vermittler sind gesetzlich und vertraglich verpflichtet, ihre besondere Schweigepflicht sowie die Bestimmungen des DSG zu beachten. Unabhängige Broker erhalten nur dann Einsicht in diese Daten, wenn sie vom Kunden dazu ermächtigt wurden.

Auskunfts- und Berichtigungsrecht: Der Versicherungsnehmer hat nach Massgabe des DSG das Recht, von der Basler Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche Daten diese von ihm bearbeitet. Ferner kann er die Berichtigung falscher Daten verlangen.

10. Beschwerden

Bitte wenden Sie sich in Beschwerdefällen an:

Basler Versicherung AG
Beschwerdemanagement
Aeschengraben 21, Postfach
CH-4002 Basel

Telefon: 00800 24 800 800
E-Mail: beschwerde@baloise.ch

Als neutrale Schiedsstelle steht Ihnen auch zur Verfügung:

Stiftung Ombudsman der Privatversicherung und der Suva
In Gassen 14, Postfach 2646
8022 Zürich
www.versicherungsomбудsman.ch

Vertragsbedingungen

Die Vertragsbedingungen der Baloise KMU Geschäftsversicherung setzen sich zusammen aus:

- den Produktlinien übergreifenden Allgemeinen Bestimmungen (AB)
- den Produktlinien übergreifenden Besonderen Bedingungen (BB)
- den Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) je versicherter Produktlinie
- allfälligen Zusätzlichen Allgemeinen Bedingungen (ZAB) zu den versicherten Produktlinien
- allfälligen Besonderen Bedingungen (BB) zu den versicherten Produktlinien

Diese Vertragsbedingungen gelangen in der aufgeführten Rangfolge zur Anwendung.

Allgemeine Bestimmungen

Beginn und Dauer der Versicherung

AB1

Der Vertrag und die einzelnen Versicherungsdeckungen beginnen an dem im Versicherungsvertrag genannten Datum.

Der Vertrag ist für die im Versicherungsvertrag genannte Dauer abgeschlossen. Er verlängert sich am Ende dieser Dauer jeweils stillschweigend um 12 Monate, wenn nicht eine der Vertragsparteien spätestens drei Monate vor Vertragsablauf eine schriftliche Kündigung erhalten hat.

Ist der Vertrag für weniger als 12 Monate abgeschlossen, erlischt er am aufgeführten Tag.

Der Vertrag endet durch Kündigung sowie aus den von Gesetz oder Vertrag vorgesehenen Gründen.

Die von einer Änderung betroffene Produktlinie oder aber der gesamte Versicherungsvertrag kann gekündigt werden.

Anpassung des Vertrages

AB2

Die Basler kann auf den Beginn eines neuen Versicherungsjahres die Prämien, Selbstbehalte, den Versicherungsschutz sowie Steuern und Abgaben ändern. Sie gibt dem Versicherungsnehmer die Änderung spätestens 90 Tage vor Ablauf des laufenden Versicherungsjahres bekannt.

Ist der Versicherungsnehmer mit der Änderung nicht einverstanden, so kann er den davon betroffenen Teil des Vertrages oder den gesamten Vertrag kündigen. Die Kündigung ist gültig, wenn sie spätestens am letzten Tag des laufenden Versicherungsjahres bei der Basler eintrifft.

Anzeigepflicht

AB3

Verletzt der Versicherungsnehmer seine vorvertragliche Anzeigepflicht, so kann die Basler den Vertrag durch schriftliche Erklärung kündigen. Das Kündigungsrecht erlischt 4 Wochen nachdem die Basler von der Verletzung Kenntnis erhalten hat. Die Kündigung wird mit Zugang beim Versicherungsnehmer wirksam.

Kündigt die Basler den Vertrag, so erlischt ihre Leistungspflicht für bereits eingetretene Schäden, deren Eintritt oder Umfang

- durch die nicht oder unrichtig angezeigte erhebliche Gefahrentatsache beeinflusst worden ist
- auf ein Risiko zurückzuführen ist, über das sich die Basler als Folge der Anzeigepflichtverletzung kein verlässliches Bild machen konnte

Gefahrerhöhung und -verminderung

AB4

Jede Änderung einer für die Risikobeurteilung erheblichen Tatsache, deren Umfang die Parteien bei Vertragsabschluss festgestellt haben, ist der Basler sofort anzuzeigen.

Veränderungen der Berechnungsrundlage gelten dann als für die Risikobeurteilung erheblich, wenn die Differenz gegenüber den im Vertrag festgehaltenen Werten 30% erreicht.

Bei Gefahrerhöhungen kann die Basler binnen 30 Tagen nach Zugang der Anzeige für den Rest der Vertragsdauer die Prämie anpassen oder den Vertrag unter Wahrung einer 30-tägigen Frist kündigen. Das gleiche Kündigungsrecht steht dem Versicherungsnehmer zu, wenn er mit der Prämienhöhung nicht einverstanden ist. In beiden Fällen hat die Basler Anspruch auf die angepasste Prämie vom Zeitpunkt der Gefahrerhöhung bis zum Erlöschen des Vertrages.

Bei einer Gefahrerhöhung, die schuldhaft nicht angezeigt worden ist, kann die Entschädigung in dem Ausmasse reduziert werden, als Eintritt oder Umfang des Schadens dadurch beeinflusst wurden.

Bei Gefahrverminderung wird die Prämie entsprechend dem veränderten Risiko gesenkt.

Sorgfaltspflichten

AB5

Der Versicherungsnehmer ist zur Sorgfalt verpflichtet und hat namentlich die nach den Umständen gebotenen Massnahmen zur Schadenverhütung und -minderung zu treffen.

Doppelversicherung

AB6

Schliesst der Versicherungsnehmer für bereits versicherte Sachen gegen dieselbe Gefahr und für dieselbe Zeit noch andere Versicherungen ab, hat er dies der Basler sofort anzuzeigen. Die Basler ist berechtigt, binnen 14 Tagen nach Empfang der Anzeige den Vertrag auf 30 Tage zu kündigen.

Hat sich der Versicherungsnehmer verpflichtet, einen Teil des Schadens selbst zu tragen, darf er für diesen Teil keine andere Versicherung abschliessen, andernfalls wird die Entschädigung derart ermässigt, dass er den vereinbarten Teil des Schadens selbst trägt.

Meldestelle

AB7

Alle Anzeigen und Mitteilungen des Versicherungsnehmers oder Anspruchsberechtigten sind an die zuständige Geschäftsstelle oder den schweizerischen Sitz der Basler zu richten. Kündigungs- und Rücktrittserklärungen müssen vor Ablauf der Frist dort eintreffen.

Gebühren

AB8

Vom Versicherungsnehmer veranlasster administrativer Zusatzaufwand ist von diesem zu tragen. Die Basler kann solche Aufwendungen auch in pauschalierter Form (Gebühren) belasten (Gebührenregelung unter www.baloise.ch).

Bei nicht fristgerechter Bezahlung finden die Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes zum Prämienzahlungsverzug Anwendung, wonach nach abgelaufener Mahnfrist die Versicherungsdeckung unterbrochen wird.

Wirtschafts-, Handels- oder Finanzsanktionen

AB9

Der Versicherungsschutz entfällt, soweit und solange anwendbare gesetzliche Wirtschafts-, Handels- oder Finanzsanktionen der Leistung aus dem Vertrag entgegenstehen.

Verzicht auf Einrede der groben Fahrlässigkeit

AB10

Die Basler verzichtet bei grobfahrlässiger Verursachung des versicherten Ereignisses auf das ihr gesetzlich zustehende Rückgriffs- bzw. Kürzungsrecht.

Der Verzicht auf das Rückgriffs- bzw. Kürzungsrecht findet keine Anwendung, wenn das Ereignis unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten verursacht wurde. Vorbehalten bleiben ferner zwingend anwendbare gesetzliche Vorschriften (z.B. Art. 65 SVG).

Anwendbares Recht / Gerichtsstand

AB11

Auf den vorliegenden Versicherungsvertrag findet, auch soweit er sich auf Versicherte mit (Wohn-) Sitz im Ausland erstreckt, ausschliesslich schweizerisches Recht Anwendung. Dies gilt nicht für die Beurteilung der Haftung eines Versicherten gegenüber Anspruchstellern/Geschädigten.

Als Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem vorliegenden Versicherungsvertrag steht dem Versicherten wahlweise und als ausschliesslich vereinbart Basel (als schweizerischer Hauptsitz der Basler Versicherung AG) oder der schweizerische (Wohn-) Sitz des Versicherten zur Verfügung.

Rechtsstreitigkeiten

AB12

Bei Streitigkeiten aus dem Versicherungsvertrag sind Klagen zu richten an:

Basler Versicherung AG
Aeschengraben 21
Postfach
4002 Basel

Maklerklausel

AB13

Wickelt ein Makler den Geschäftsverkehr zwischen dem Versicherungsnehmer und der Basler ab, so ist dieser von der Basler und dem Versicherungsnehmer zur Entgegennahme von Anzeigen, Deklarationen, Willenserklärungen und Zahlungen zu bevollmächtigen. Diese gelten dem Empfänger als zugegangen, sobald sie beim Makler eingegangen sind. Die Basler und der Versicherungsnehmer verpflichten den Makler zur unverzüglichen Weiterleitung dieser an die betreffenden Parteien. Für Tatbestände, die nach Gesetz oder Vertrag eine ausdrückliche Annahme durch die Basler erfordern, erwächst bis zur Bestätigung durch die Basler keine Verbindlichkeit.

Die Prämienzahlung gilt erst als rechtzeitig erfolgt, wenn sie bei der Basler eingetroffen ist.

Bei einem Schadenereignis muss der Versicherungsnehmer nebst dem Makler auch die Basler sofort benachrichtigen. Entschädigungen werden dem Anspruchsberechtigten direkt ausbezahlt.

Allgemeine Vertragsbedingungen

Betriebsrechtsschutzversicherung

Beratung und Bearbeitung der versicherten Rechtsfälle erfolgt durch die Rechtsdienste der Assista Rechtsschutz AG

Versicherungsschutz

BR1

Versicherte Leistungen

Die Assista steht den versicherten Personen in einem gedeckten Rechtsfall mit Rat und Tat zur Seite und wahrt ihre Interessen. Zusätzlich übernimmt die Assista die Kosten für notwendige Rechtsschutzleistungen bis zur im Versicherungsvertrag aufgeführten maximalen Versicherungssumme.

BR1.1

Interne Leistungen

Bei internen Leistungen erfolgt die Beratung und Interessenwahrung in einem gedeckten Rechtsfall durch die bei der Assista angestellten Rechtsanwälte und Juristen. Die Assista übernimmt dabei die anfallenden internen Kosten.

BR1.2

Externe Leistungen

Die Assista finanziert in gedeckten Rechtsfällen die folgenden Leistungen für die im Leistungskatalog gemäss Ziff. L1.4, genannten Risiken bis zur jeweils im Versicherungsvertrag vereinbarten maximalen Versicherungssumme:

- a) die vorprozessualen und prozessualen Anwaltskosten für den gebotenen Aufwand;
- b) die Kosten von Expertisen und Analysen, die im Einverständnis mit der Assista oder vom Gericht veranlasst werden;
- c) die dem Versicherten auferlegten Gerichts- und Verfahrenskosten;
- d) die Verfahrenskosten und Gebühren von Schiedsgerichten;
- e) die dem Versicherten auferlegten Prozessentschädigungen an die Gegenpartei; die dem Versicherten zugesprochenen Prozessentschädigungen und Entschädigungen für Anwaltskosten stehen bis zur Höhe der von ihr erbrachten Leistungen der Assista zu;
- f) die Fahrspesen des Versicherten im Falle von gerichtlichen Vorladungen als beschuldigte Person oder als Prozesspartei, sofern diese Kosten (Tarif des öffentlichen Verkehrs) CHF 100 übersteigen. Bei einer Auslandsreise werden die Kosten übernommen, sofern diese im Voraus mit der Assista abgesprochen worden sind und die Anwesenheit erforderlich ist;

- g) Dolmetscherkosten bzw. die Kosten für Übersetzungen, die im Einverständnis mit der Assista oder von einem Gericht bzw. einer Behörde veranlasst werden;
- h) die Kosten für das Inkasso der dem Versicherten aus einem versicherten Rechtsfall zugesprochenen Forderungen bis zum Vorliegen eines provisorischen oder definitiven Pfändungsverlustscheines oder einer Konkursandrohung; sollte ein solches Inkassoverfahren ausserhalb der Schweiz oder dem Fürstentum Liechtenstein durchzuführen sein, dann sind die Leistungen der Assista auf eine maximale Summe von CHF 5'000 begrenzt;
- i) die Kosten eines Mediationsverfahrens im Einvernehmen mit der Assista;
- j) die Strafkautions zur Abwendung einer Untersuchungshaft; diese Leistung wird nur vorschussweise erbracht und ist an die Assista zurückzuerstatten;

BR1.3

Präventionsdienstleistungen

Die versicherten Personen haben Zugang zu folgenden Präventionsdienstleistungen:

- a) telefonische Rechtsauskünfte
Die bei der Assista angestellten Rechtsanwälte und Juristen erteilen im Rahmen ihrer fachlichen und personellen Möglichkeiten Auskünfte zu Rechtsfragen aus den Tätigkeiten des versicherten Betriebes. Die Rechtsauskünfte erfolgen über die Funktion lexCall auf der Plattform lex4you Business (lex4you.ch/business).
- b) Zugang zu lex4you Business
Merkblätter, Checklisten und Vorlagen zu rechtlichen Themen aus dem betrieblichen Alltag online und zum Download als PDF (lex4you.ch/business).

BR1.4

Leistungseinschränkungen

Falls mehrere Streitigkeiten auf dem gleichen Ereignis oder auf dem gleichen Lebenssachverhalt beruhen, so gelten diese Streitigkeiten gesamthaft als ein Rechtsfall.

BR1.4.1

Selbstbehalt

Alfällige Selbstbehalte gehen aus dem Versicherungsvertrag hervor. Wo ein solcher vorgesehen ist, reduziert sich die Versicherungssumme bzw. die zu erbringende Versicherungsleistung pro Rechtsfall jeweils um den dort angegebenen Selbstbehalt.

BR1.4.2

All Rights

Der All Rights Rechtsschutz führt nicht zu einer weiterführenden Deckung der über die Gesamtheit dieses Produkts versicherten oder versicherbaren Rechtsgebiete und Risiken, bei denen der im Leistungskatalog beschriebene Deckungsumfang durch die örtliche Geltung, die Definition der Risikoinhalte, die Versicherungssummen oder die Besonderheiten eingeschränkt ist. Dabei ist es unerheblich, ob eine Deckung vom Versicherungsnehmer abgeschlossen werden konnte oder nicht.

Es sind ausschliesslich Streitigkeiten aus Rechtsgebieten und Risiken versichert, die nicht über die verschiedenen Deckungen dieses Produktes versicherbar sind und nicht von den allgemeinen Ausschlüssen betroffen sind.

BR1.4.3

Nicht versicherte Leistungen

Folgende Leistungen werden von der Assista nicht übernommen:

- a) Schadenersatz und Genugtuung;
- b) Kosten, zu deren Übernahme ein Haftpflichtiger oder ein Haftpflichtversicherer verpflichtet sind;
- c) Bussen, zu denen der Versicherte verurteilt wird;
- d) Kosten von Blut- oder ähnlichen Analysen sowie von medizinischen Untersuchungen, wenn ein Ausweisentzug rechtskräftig angeordnet wird;
- e) Kosten für Verkehrsunterricht, der von einer Verwaltungs- oder richterlichen Behörde angeordnet wird.

BR2

Örtlicher Geltungsbereich

BR2.1

Allgemein

Der jeweilige örtliche Geltungsbereich geht aus dem Versicherungsvertrag hervor und kann je nach Risiko variieren.

Versichert sind Rechtsfälle mit Gerichtsstand innerhalb des aufgeführten geografischen Gebietes, sofern das Recht eines dieser Länder anwendbar und das entsprechende Urteil in einem dieser Länder vollstreckbar ist.

BR2.2

Gebietsbezeichnungen

- a) Die Gebietsbezeichnung „CH/FL“ umfasst die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein.
- b) Die Gebietsbezeichnung „CH/FL/A/D/F/I“ umfasst die Schweiz, das Fürstentum Liechtenstein, Österreich, Deutschland, Frankreich und Italien.
- c) Die Gebietsbezeichnung „EU/EFTA/GB“ umfasst die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der Europäischen Freihandelsassoziation und das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland. Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein sind darin inbegriffen.
- d) Die Gebietsbezeichnung „ausserhalb EU/EFTA/GB“ umfasst die Länder, die nicht in derjenigen der „EU/EFTA/GB“ enthalten sind.

BR3

Zeitlicher Geltungsbereich

BR3.1

Massgebende Daten

Gedeckt sind Rechtsfälle, deren für das Ereignis massgebende Datum während der Gültigkeitsdauer des Vertrages liegt und dieses nach Ablauf einer allfälligen Wartefrist eingetreten ist, sofern die Fallanmeldung spätestens 12 Monate nach Beendigung des Versicherungsvertrages erfolgt.

Als massgebendes Datum für eine Rechtsstreitigkeit gilt grundsätzlich der erstmalige Bedarf nach Rechtshilfe. Streitigkeiten gemäss den versicherten Risiken sind gedeckt, sofern dieser Bedarf während der Gültigkeitsdauer des Vertrages auftritt, nicht in eine allfällige Wartefrist fällt und nicht bereits vor Versicherungsbeginn objektiv vorhersehbar war.

Bei versicherungs- und haftpflichtrechtlichen Streitigkeiten infolge eines Unfalls mit Personenschaden ist der Bedarf nach Rechtshilfe ab dem Unfallzeitpunkt, bei Streitigkeiten infolge Krankheit ab Eintritt einer Arbeitsunfähigkeit objektiv vorhersehbar.

BR3.2

Wartefristen

Für folgende gemäss Ziff. L1.4, L2.3 und L3.2 versicherte Risiken besteht keine Wartefrist:

Schadenersatzrecht, Privat- und Sozialversicherungsrecht, Strafrecht, Streitigkeiten infolge eines Unfalls während einer Geschäftsreise und Verwaltungsverfahren.

Für alle weiteren versicherten Risiken gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

Die Wartefristen entfallen bei Vorliegen einer Vorversicherung desselben Risikos und zeitlich nahtloser Versicherungsdeckung.

BR4

Prämienberechnung

Die Höhe der zu entrichtenden Prämie hängt vom gewählten Versicherungsschutz sowie, je nach Grund- und Zusatzdeckungen, den zugrundeliegenden risikoverändernden Tatsachen wie der Geschäftstätigkeit, der AHV-Lohnsumme, dem Umsatz, der Anzahl Kontrollschilder oder der Anzahl Mieteinheiten ab.

BR5

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Basler oder der Assista an den Versicherungsnehmer erfolgen rechtsgültig an die letzte bekannte Adresse.

Adressänderungen des Versicherungsnehmers sind unverzüglich der Basler mitzuteilen.

BR6

Ausschlüsse

Die nachfolgenden allgemeinen Ausschlüsse gelten für alle Grund- und Zusatzdeckungen, sofern nicht anders spezifiziert.

- a) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kauf und Verkauf von Wertpapieren, mit Termin-, Spekulations- und Anlagegeschäften, mit Fusion oder Übernahme eines Betriebs resp. eines Teils davon oder eines Vermögens sowie mit Spielen und Wetten;
- b) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Forderungen und Verbindlichkeiten, die an den Versicherten abgetreten worden oder infolge Erbrecht auf ihn übergegangen sind;
- c) die Abwehr von ausservertraglichen Haftpflichtansprüchen;
- d) die Abwehr von vertraglichen Haftpflichtansprüchen, sofern eine leistungspflichtige Haftpflichtversicherung besteht oder von Gesetzes wegen bestehen müsste. Zusätzlich ausgeschlossen für Architekten, Bauingenieure und andere Fachplaner: die Abwehr von vertraglichen Haftpflichtansprüchen für Schäden, Bau- und Anlagemängel;
- e) Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Tätigkeit als General- oder Totalunternehmer.
Als Generalunternehmer gilt, wer vom Bauherrn aufgrund eines vorhandenen Projektes die vollständige Ausführung eines Bauwerkes oder Bauwerkteiles übertragen bekommt.
Als Totalunternehmer gilt, wer vom Bauherrn in einem Zuge die vollständige Projektierung und Ausführung (inkl. Bauleitung) eines Bauwerkes oder Bauwerkteiles übertragen bekommt;
- f) Streitigkeiten unter den durch denselben Versicherungsvertrag versicherten natürlichen und juristischen Personen, ausgenommen die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers selbst;
- g) Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Begehung von Verbrechen und anderen vorsätzlichen Vergehen, der vorsätzlichen Verletzung administrativer und strafrechtlicher Vorschriften sowie dem Versuch dazu;
- h) Streitigkeiten im Zusammenhang mit kriegerischen oder terroristischen Ereignissen sowie der Veränderung der Atomstruktur;
- i) Verfahren vor internationalen und supranationalen Gerichtsinstanzen;
- j) Wahrung der Interessen des Versicherten als Lenker eines Fahrzeugs, wenn er zur Zeit des Ereignisses den erforderlichen Führerausweis nicht besass oder dieser ihm entzogen war;
- k) Streitigkeiten der Versicherten in ihrer Eigenschaft als Vermieter oder Untervermieter von Immobilien. Vorbehalten bleiben die Deckungen gemäss Ziff. 2.3 der Zusatzdeckung Vermieterrechtsschutz (ZAB Vermieterrechtsschutz);
- l) Streitigkeiten im Zusammenhang mit einer Teilnahme an Rennen, Rallyes oder ähnlichen Wettbewerben sowie Trainingsfahrten auf Trainingsanlagen;
- m) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Immaterialgüter- und Kartellrecht, Recht über den unlauteren Wettbewerb sowie

der Wahrung der rechtlichen Interessen im Bereich der Finanzmarktaufsicht. Vorbehalten bleiben die Deckungen gemäss Ziff. 2.2 lit.a), b) und c) (ZAB Betriebsrechtsschutz);

- n) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Anstellungsverträgen von Berufssportlern und Berufstrainern;
- o) Im Betriebsrechtsschutz:
Streitigkeiten der Versicherten in ihrer Eigenschaft als Erwerber, Verkäufer, Eigentümer, Entleiher, Mieter, Halter oder Lenker von Motorfahrzeugen. Davon ausgenommen sind gemäss Ziff. 2.1 lit.a) (ZAB Betriebsrechtsschutz) Streitigkeiten der versicherten Betriebe, die als Motorfahrzeuggewerbe deklariert sind, mit Lieferanten und Kunden als Käufer oder Verkäufer von Motorfahrzeugen, die für den Direktverkauf an Endkunden bestimmt sind, sowie gemäss Ziff. L1.4 lit.m) und n) Mieter und Lenker eines Motorfahrzeuges im Geschäftsreiserechtsschutz;
- p) Streitigkeiten mit den in einem von der Assista gedeckten Rechtsfall beauftragten Anwälten, Experten usw. sowie jene mit der Assista selbst;

Unter Vorbehalt des All Rights Rechtsschutzes sind ebenfalls ausgeschlossen:

- q) alle Rechtsgebiete, die in den einzelnen Leistungen nicht erwähnt sind;
- r) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Beteiligungen an Unternehmen;
- s) Streitigkeiten im Zusammenhang mit gesellschafts-, vereins- und stiftungsrechtlichen Verhältnissen sowie Verantwortlichkeitsansprüchen gegen die betreffenden Organe;
- t) Streitigkeiten im Zusammenhang mit
 - Erwerb, Veräusserung oder Zwangsvollstreckung von Immobilien
 - Grundpfand;
 - Planung, Bau, Umbau oder Abbruch von Bauwerken und anderen Vorrichtungen. Vorbehalten bleiben die Deckungen gemäss Ziff. L1.4 lit.l) und 2.1 lit.c) (ZAB Betriebsrechtsschutz);
- u) Streitigkeiten unter Stockwerk- und Miteigentümern innerhalb derselben Stockwerk- oder Miteigentümergeinschaft sowie Streitigkeiten mit der Verwaltung einer Stockwerk- oder Miteigentümergeinschaft.

Leistungskatalog für den Betriebsrechtsschutz

L1

Grunddeckung

L1.1

Versicherte Personen

Versichert sind:

- a) der Versicherungsnehmer (natürliche oder juristische Person) inklusive sämtlicher Zweigniederlassungen mit Sitz in der Schweiz oder dem Fürstentum Liechtenstein;
- b) Gesellschafter, Verwaltungsratsmitglieder, Stiftungsräte und Vorstandsmitglieder;
- c) Personen in arbeitsvertraglichem Verhältnis und angeloehenes Personal;
- d) mitarbeitende Familienmitglieder und mitarbeitende Lebenspartner des Versicherungsnehmers.

L1.2

Versicherte Eigenschaften

Gedeckt sind die versicherten Personen

- a) im Rahmen ihrer betrieblichen Tätigkeit;
- b) in ihrer Eigenschaft als Eigentümer oder Besitzer der versicherten Immobilien.

L1.3

Versicherte Immobilien

Die in der Schweiz gelegenen, vom versicherten Unternehmen gemieteten, gepachteten oder ihm gehörenden bebauten Grundstücke, die vom versicherten Betrieb im direkten Zusammenhang mit der versicherten Geschäftstätigkeit benutzt werden.

L1.4

Versicherte Risiken

- a) Schadenersatzrecht
Geltendmachung von Schadenersatz- und Genugtuungsansprüchen des Versicherten, die er durch ein Ereignis erlitten hat, für das ein Dritter ausschliesslich ausservertraglich haftet, inklusive Schadenersatzansprüche des Versicherten, die auf den gesetzlichen Bestimmungen über die Hilfe an Opfer von Straftaten beruhen.
- b) Privatversicherungsrecht
Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche aus Privatversicherungsrecht.
- c) Sozialversicherungsrecht
Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche aus Sozialversicherungsrecht.
- d) Miet- und Pachtvertrag

Streitigkeiten des Versicherungsnehmers als Mieter oder Pächter der dem Betrieb dienenden Grundstücke, Liegenschaften und Räumlichkeiten.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- e) Arbeitsvertragsrecht
Streitigkeiten des Versicherungsnehmers in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber, gestützt auf einen Arbeitsvertrag.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- f) Administrativverfahren
Verteidigung des Versicherten in einem Administrativverfahren über den Entzug, die Einschränkung oder Nichterneuerung von Betriebs- und Berufsausübungsbewilligungen die den versicherten Betrieb betreffen.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- g) Eigentums- und Sachenrecht
Streitigkeiten aus
 - Eigentum, Besitz oder anderen dinglichen Rechten an beweglichen Sachen und Tieren;
 - Eigentum an den versicherten Immobilien;
 - im Grundbuch eingetragenen aktiven und passiven Dienstbarkeiten und Grundlasten.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- h) Strafrecht
Verteidigung des Versicherten in gegen ihn selbst gerichteten Strafverfahren wegen fahrlässig begangener Straftaten.

Beteiligung des Versicherten als Zivilkläger, wenn eine solche sinnvoll ist, um Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche aus Körperschäden geltend zu machen.

Wird dem Versicherten eine vorsätzliche Straftat vorgeworfen, so werden Leistungen der Assista nur rückwirkend erbracht, sofern der Versicherte durch rechtskräftigen Entscheid vollumfänglich von diesem Vorwurf freigesprochen, das Verfahren bezüglich des Vorsatzdeliktes rechtskräftig vollumfänglich eingestellt oder das Bestehen einer Notwehr- oder Notstandssituation anerkannt wurde. Die Einstellung oder der Freispruch dürfen dabei nicht in Verbindung mit einer Leistung an den Strafläger oder an Dritte stehen.

- i) Verträge betreffend Mobilien zum Eigengebrauch
Streitigkeiten aus obligationenrechtlichen Verträgen betreffend Mobilien, die unmittelbar und ausschliesslich für den Eigengebrauch des versicherten Unternehmens bestimmt sind.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- j) Enteignungsrecht
Streitigkeiten des Versicherten mit dem öffentlichen Gemeinwesen im Falle von (abschliessende Aufzählung):
 - Enteignung;
 - Entwertung des Grundstückes.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

k) Nachbarrecht

Streitigkeiten zivilrechtlicher Natur des Versicherten mit den direkten Nachbarn des versicherten Gebäudes im Falle von (abschliessende Aufzählung):

- Beeinträchtigung der Aussicht;
- Unterhalt und Grenzabstand von Bäumen und Hecken;
- Immissionen (Lärm, Rauch, Dünste).

Ebenfalls versichert sind Streitigkeiten des Versicherten bei Einsprache gegen Bauvorhaben eines direkt angrenzenden Nachbarn.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

l) Bauherrenrechtsschutz

Streitigkeiten aus einem Werkvertrag oder einfachen Auftrag, welche sich auf Arbeiten an den versicherten Immobilien beziehen. Ebenfalls versichert sind:

- Verfahren betreffend die Eintragung von Bauhandwerkerpfandrechten, sofern diese im Zusammenhang mit einer gedeckten werkvertraglichen Streitigkeit stehen;
- Einsprachen gegen eigene Bauvorhaben.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

m) Geschäftsreiserechtsschutz

Streitigkeiten aus einem der folgenden vom Versicherten im Hinblick auf oder während einer Geschäftsreise geschlossenen Verträge (abschliessende Aufzählung):

- Beförderung von Gepäck und Personen;
- Pauschalreise;
- Beherbergungs- und Gastaufnahmevertrag;
- Miete eines Fahrzeugs für den Strassenverkehr.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

n) Geschäftsreiserechtsschutz für Unfall während der Geschäftsreise

Streitigkeiten infolge eines Unfalls im Strassen- oder öffentlichen Verkehr, den der Versicherte während einer Geschäftsreise in Ausübung seiner beruflichen Verrichtung für den deklarierten Betrieb erleidet:

- Schadenersatzrecht

Geltendmachung ausservertraglicher Schadenersatzansprüche des Versicherten inklusive Schadenersatzansprüche des Versicherten, die auf den gesetzlichen Bestimmungen über die Hilfe an Opfer von Straftaten beruhen.

- Versicherungsrecht

Streitigkeiten des Versicherten aus seinen Verhältnissen mit privaten oder öffentlichen in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein niedergelassenen Versiche-

rungseinrichtungen, Krankenkassen und Pensionskassen infolge eines gedeckten Ereignisses, welches den Anspruch gegenüber der Versicherung auslöst.

- Strafrecht

Beteiligung des Versicherten als Zivilkläger, wenn eine solche Beteiligung nötig ist, um Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche bei Körperverletzung zufolge eines gedeckten Unfalls aus der betrieblichen Verrichtung geltend zu machen.

L2

Firmenwagenrechtsschutz (sofern vereinbart)

L2.1

Versicherte Fahrzeuge

Versichert sind die sich im Eigentum des Versicherungsnehmers befindenden oder von ihm geleasteten motorisierten Land- und Wasserfahrzeuge, die in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein auf ihn eingelöst sind.

Es sind zwingend alle auf den Versicherungsnehmer eingelösten Fahrzeuge zu versichern.

Ist das versicherte Fahrzeug vorübergehend nicht betriebsfähig, so erstreckt sich die Versicherung auf das an seiner Stelle verwendete Ersatzfahrzeug.

L2.2

Versicherte Personen

Versichert sind:

- a) der Versicherungsnehmer als Eigentümer oder Halter der versicherten Fahrzeuge;
- b) die berechtigten Lenker der versicherten Fahrzeuge;
- c) die in der Schweiz und den angrenzenden Ländern wohnhaften Passagiere eines versicherten Fahrzeuges bei unentgeltlichen Fahrten.

L2.3

Versicherte Risiken

Grundsatz: Versichert sind Streitigkeiten aus den nachstehend aufgeführten Risiken, soweit sie in einem direkten Zusammenhang mit einem versicherten Fahrzeug stehen.

- a) Schadenersatzrecht

Geltendmachung ausservertraglicher Schadenersatzansprüche des Versicherten, die er durch ein Ereignis erlitten hat, für das ein Dritter ausschliesslich ausservertraglich haftet, inklusive Schadenersatzansprüche des Versicherten, die auf den gesetzlichen Bestimmungen über die Hilfe an Opfer von Straftaten beruhen.

- b) Privatversicherungsrecht

Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche aus Privatversicherungsrecht.

- c) Sozialversicherungsrecht
Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche aus Sozialversicherungsrecht.

- d) Strafrecht
Verteidigung des Versicherten in gegen ihn selbst gerichteten Strafverfahren infolge eines Verkehrsunfalls oder einer Verkehrsregelverletzung.

Beteiligung des Versicherten als Zivilkläger zur Wahrnehmung seiner Rechte, sofern eine solche Intervention notwendig ist, um Schadenersatzansprüche und Genugtuung bei Körperverletzung infolge eines Verkehrsunfalls geltend zu machen.

Wird dem Versicherten eine vorsätzliche Straftat vorgeworfen, werden Leistungen der Assista nur rückwirkend erbracht, sofern der Versicherte durch rechtskräftigen Entscheid vollumfänglich von diesem Vorwurf freigesprochen, das Verfahren bezüglich des Vorsatzdeliktes rechtskräftig vollumfänglich eingestellt oder das Bestehen einer Notwehr- oder Notstandssituation anerkannt wurde. Die Einstellung oder der Freispruch dürfen dabei nicht in Verbindung mit einer Leistung an den Strafkörper oder an Dritte stehen.

- e) Verwaltungsverfahren
- Administrativverfahren bezüglich des Führerausweises oder des Fahrzeugausweises
 - Verfahren betreffend die Besteuerung der versicherten Fahrzeuge
- f) Fahrzeugvertragsrecht
Streitigkeiten betreffend ein versichertes Fahrzeug (ausgenommen Fahrzeuge mit U-Schildern) aus folgenden Verträgen (abschliessende Aufzählung):
- Kauf, Verkauf, Leasing;
 - Reparatur, Unterhalt;
 - Leihe sowie
 - Streitigkeiten des Versicherten aus der Miete oder Entlehnung eines Fahrzeuges für den Strassen- oder Wasserverkehr.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- g) Miete einer Garage
Streitigkeiten des Versicherungsnehmers in der Eigenschaft als Eigentümer oder Halter eines versicherten Fahrzeuges aus der Miete eines Parkplatzes oder einer Garage.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- h) Sachenrecht
Zivilrechtliche Streitigkeiten aus Eigentum, Besitz oder anderen dinglichen Rechten an einem versicherten Fahrzeug.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

L3

Lenkerrechtsschutz (sofern vereinbart)

L3.1

Versicherte Personen

Versichert sind:

- a) der Firmeninhaber,
- b) Personen in arbeitsvertraglichem Verhältnis und angelerntes Personal,
- c) Gesellschafter, Verwaltungsratsmitglieder und Vorstandsmitglieder; falls die Versicherung von einer Stiftung abgeschlossen wird, sind die Stiftungsräte den Verwaltungsräten einer Aktiengesellschaft gleichgestellt,
- d) mitarbeitende Familienmitglieder und mitarbeitende Lebenspartner des Firmeninhabers,

als Lenker eines Fahrzeuges für den Strassen- und Wasserverkehr während einer Dienst- oder Probefahrt oder auf der Hin- und Rückfahrt zur Geschäftstätigkeit (Arbeitsweg) beim Versicherungsnehmer. Streitigkeiten als Lenker von Fahrzeugen, die auf das versicherte Unternehmen eingelöst sind bzw. über den Firmenwagenrechtsschutz versicherbar sind, sind von der Versicherungsdeckung ausgeschlossen.

L3.2

Versicherte Risiken

- a) Schadenersatzrecht
Geltendmachung ausservertraglicher Schadenersatzansprüche des Versicherten, die er durch ein Ereignis erlitten hat, für das ein Dritter ausschliesslich ausservertraglich haftet, inklusive Schadenersatzansprüche des Versicherten, die auf den gesetzlichen Bestimmungen über die Hilfe an Opfer von Straftaten beruhen.
- b) Privatversicherungsrecht
Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche aus Privatversicherungsrecht.
- c) Sozialversicherungsrecht
Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche aus Sozialversicherungsrecht.
- d) Strafrecht
Verteidigung des Versicherten in gegen ihn selbst gerichteten Strafverfahren infolge eines Verkehrsunfalls oder einer Verkehrsregelverletzung.

Beteiligung des Versicherten als Zivilkläger zur Wahrnehmung seiner Rechte, sofern eine solche Intervention notwendig ist, um Schadenersatzansprüche und Genugtuung bei Körperverletzung infolge eines Verkehrsunfalls geltend zu machen.

Wird dem Versicherten eine vorsätzliche Straftat vorgeworfen, so werden Leistungen der Assista nur rückwirkend erbracht, sofern der Versicherte durch rechtskräftigen Entscheid vollumfänglich von diesem Vorwurf freigesprochen.

chen, das Verfahren bezüglich des Vorsatzdeliktes rechtskräftig vollumfänglich eingestellt oder das Bestehen einer Notwehr- oder Notstandssituation anerkannt wurde. Die Einstellung oder der Freispruch dürfen dabei nicht in Verbindung mit einer Leistung an den Strafkläger oder an Dritte stehen.

- e) **Verwaltungsverfahren**
Administrativverfahren bezüglich des Führerausweises.

Anmeldung und Bearbeitung eines Rechtsfalles

1

Anmeldung

Rechtsfälle, bei denen der Versicherungsnehmer Leistungen der Assista beanspruchen will, sind unverzüglich der Basler unter der Nummer **00800 24 800 800** oder bei Verbindungsschwierigkeiten im Ausland unter +41 58 285 28 28 anzumelden. Diese übermittelt die Schadenmeldung umgehend an die Assista zur Deckungsprüfung und Festlegung des weiteren Vorgehens.

Falls ein Auftrag an einen Anwalt erteilt, juristische Schritte eingeleitet oder eine Einsprache eingelegt wurden, bevor die Assista hierzu ihr Einverständnis erteilt hatte, kann diese die Übernahme der dadurch entstandenen Mehrkosten verweigern.

2

Bearbeitung

Die Assista orientiert den Versicherten über seine Rechte und leitet alle notwendigen Massnahmen zur Verteidigung seiner Interessen ein.

Der Versicherte erteilt der Assista alle notwendigen Auskünfte und Vollmachten und übergibt ihr alle verfügbaren Unterlagen und Beweismittel.

Solange die Verhandlungen durch die Assista geführt werden, enthält sich der Versicherte jeglichen Eingriffs. Insbesondere erteilt er kein Mandat, leitet keine juristischen Schritte oder gerichtlichen Verfahren ein und schliesst keine Vergleiche ab.

3

Anwaltsbeizug

Wenn der Beizug eines Anwalts für die Interessenwahrung des Versicherten notwendig ist, empfiehlt die Assista einen Anwalt aus ihrem Netzwerk. Alternativ kann der Versicherte, wenn er es verlangt, mit Genehmigung der Assista einen örtlich zuständigen Anwalt wählen und beauftragen.

Stimmt die Assista dieser Wahl nicht zu, hat der Versicherte die Möglichkeit, drei weitere Anwälte vorzuschlagen, von denen einer akzeptiert werden muss. Die drei vom Versicherten vorgeschlagenen Anwälte dürfen nicht der gleichen Kanzlei angehören.

Der Versicherte ist verpflichtet, den Anwalt der Assista gegenüber von der beruflichen Schweigepflicht zu entbinden. Er ermächtigt ihn, der Assista über die Entwicklung des Falles zu berichten und ihr alle für die Schadenregulierung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Hat sich das versicherte Ereignis im Ausland ereignet, prüft und entscheidet die Assista, ob ein Anwalt im Ausland oder in der Schweiz beizuziehen ist. Ist der Beizug eines Anwalts im Ausland angezeigt, wird er im Einvernehmen zwischen dem Versicherten und der Assista bestimmt.

4

Schiedsverfahren

Bei Meinungsverschiedenheit zwischen dem Versicherten und der Assista hinsichtlich der Erfolgsaussichten oder hinsichtlich der Massnahmen zur Erledigung eines gedeckten Falles begründet die Assista unverzüglich schriftlich ihre Rechtsauffassung und weist den Versicherten auf sein Recht hin, innert 90 Tagen ab Empfang des Schreibens ein Schiedsverfahren einzuleiten, wobei der Versicherte ab diesem Zeitpunkt selber für die Einhaltung der Fristen für die notwendigen Vorkehren verantwortlich ist. Leitet er innert dieser Frist kein Schiedsverfahren ein, gilt dies als Verzicht.

Die Kosten dieses Schiedsverfahrens sind von den Parteien hälftig vorzuschüssen. Wird der Kostenvorschuss von einer Partei nicht geleistet, anerkennt diese damit die Rechtsauffassung der Gegenpartei.

Der Versicherte und die Assista bezeichnen in gegenseitigem Einvernehmen einen Einzelschiedsrichter. Dieser entscheidet aufgrund eines Schriftwechsels und auferlegt den Parteien die Verfahrenskosten nach Massgabe des Obsiegens. Bei Uneinigkeit bezüglich der Ernennung des Schiedsrichters sowie im Übrigen sind die Bestimmungen der Schweizerischen Zivilprozessordnung anwendbar.

Leitet der Versicherte bei Ablehnung der Leistungspflicht auf eigene Kosten einen Prozess ein und erlangt er ein Urteil, das für ihn günstiger ausfällt als die ihm von der Assista schriftlich begründete Lösung oder als das Ergebnis des Schiedsverfahrens, so übernimmt die Assista die Kosten im Rahmen der versicherten Leistungen.

5

Verletzung von Obliegenheiten

Verletzt der Versicherte schuldhaft seine vertraglichen oder gesetzlichen Obliegenheiten, wie zum Beispiel seine Melde- und Mitwirkungspflichten, so ist die Assista berechtigt, ihre Leistungen zu verweigern oder zu kürzen.

Insbesondere bei der Verletzung von Mitwirkungspflichten nach Art. 39 VVG setzt die Assista dem Versicherten eine angemessene Frist für deren Erfüllung unter Androhung des Deckungsausschlusses bei Nichterfüllung.

Baloise KMU Geschäftsversicherung

Zusätzliche Allgemeine Bedingungen (ZAB) für Vermieterrechtsschutz

1

Versicherte Personen und Eigenschaft

Versichert ist:

Der Versicherungsnehmer in seiner Eigenschaft als Eigentümer und Vermieter oder Verpächter der versicherten Immobilien.

1.1

Versicherte Immobilien

Die in der Schweiz oder dem Fürstentum Liechtenstein gelegenen Einfamilien-, Mehrfamilien-, und gemischten Wohn- und Büro- bzw. Wohn- und Gewerbegebäude sowie die dazugehörigen Nebenräume und Parkplätze.

Versicherbar ist zwingend die Gesamtanzahl der vermietbaren Mieteinheiten aller Liegenschaften im Eigentum des Versicherungsnehmers.

2

Versicherte Risiken

- a) Mietrecht als Vermieter
Streitigkeiten des Versicherungsnehmers in seiner Eigenschaft als Vermieter der versicherten Immobilien.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.
- b) Schadenersatzrecht
Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen des Versicherten, die er durch ein Ereignis erlitten hat, für das ein Dritter ausschliesslich ausservertraglich haftet.
- c) Versicherungsrecht
Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche gegenüber Versicherungen, die die versicherte Immobilie betreffen.
- d) Strafrecht
Verteidigung des Versicherten in gegen ihn selbst gerichteten Strafverfahren wegen fahrlässig begangener Straftaten. Beteiligung des Versicherten als Zivilkläger, wenn eine solche sinnvoll ist, um Schadenersatzansprüche infolge von Schäden an der versicherten Immobilie geltend zu machen.

Wird dem Versicherten eine vorsätzliche Straftat vorgeworfen, so werden Leistungen der Assista nur rückwirkend erbracht, sofern der Versicherte durch rechtskräftigen Entscheid vollumfänglich von diesem Vorwurf freigesprochen, das Verfahren bezüglich des Vorsatzdeliktes rechtskräftig vollumfänglich eingestellt oder das Bestehen einer Notwehr- oder Notstandssituation anerkannt wurde. Die

Einstellung oder der Freispruch dürfen dabei nicht in Verbindung mit einer Leistung an den Strafkläger oder an Dritte stehen.

- e) Eigentums- und Sachenrecht
Streitigkeiten aus
 - Eigentum an den versicherten Immobilien;
 - Im Grundbuch eingetragene aktiven und passiven Dienstbarkeiten Grundlasten
Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.
- f) Enteignungsrecht
Streitigkeiten des Versicherten mit dem öffentlichen Gemeinwesen im Falle von (abschliessende Aufzählung):
 - Enteignung;
 - Entwertung des Grundstückes.
- g) Arbeitsvertrag und einfacher Auftrag für Unterhalt, Wartung und Verwaltung
Streitigkeiten des Versicherten mit den von ihm angestellten oder beauftragten Personen für Unterhalt, Wartung oder Verwaltung der versicherten Immobilien.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.
- h) Bauherrenrechtsschutz
Streitigkeiten aus einem Werkvertrag oder einfachem Auftrag, welche sich auf Arbeiten an den versicherten Immobilien beziehen. Ebenfalls versichert sind
 - Verfahren betreffend die Eintragung von Bauhandwerkpfandrechten, sofern diese im Zusammenhang mit einer deckten werkvertraglichen Streitigkeit stehen sowie
 - Einsprachen gegen eigene Bauvorhaben.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

Ist für die Arbeiten eine offizielle Bewilligung notwendig (auch wenn nur ein Teil der Arbeiten bewilligungspflichtig ist), so sind diese Streitigkeiten versichert, sofern die Gesamtbausumme CHF 200'000 nicht übersteigt.

Baloise KMU Geschäftsversicherung

Zusätzliche Allgemeine Bedingungen (ZAB) für Familienrechtsschutz für Firmeninhaber

1

Versicherte Personen

Versichert sind die im Versicherungsvertrag namentlich aufgeführten Firmeninhaber mit Wohnsitz in der Schweiz oder dem Fürstentum Liechtenstein sowie folgende mit ihnen in einem gemeinsamen Haushalt lebende Personen:

- Ehe- bzw. Lebenspartner;
- Kinder unter 26 Jahren.

Ebenfallsversichert sind:

- die in der Schweiz wohnhaften Passagiere der durch die Versicherten gelenkten Fahrzeuge, unter Ausschluss von entgeltlichen Fahrten.

2

Versicherte Eigenschaften

Die versicherten Personen sind als Privatpersonen gedeckt in ihrer Eigenschaft als:

- a) Berufsausübende in unselbständiger Stellung;
- b) Mieter;
- c) Parteien eines durch diese Versicherung gedeckten Vertrages;
- d) Fussgänger, Radfahrer, Reiter sowie als Nutzer von fahzeugähnlichen Geräten, die ausschliesslich durch eigene Körperkraft angetrieben werden, wie Inlineskates, Rollbretter, Trottinette;
- e) Passagiere irgendeines Transportmittels;
- f) Lenker von Motor- und Wasserfahrzeugen;
- g) Eigentümer und Halter von in der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein auf ihren Namen immatrikulierten privaten Motor- und Wasserfahrzeugen.

3

Versicherte Leistungen

3.1

Interne Leistungen

Bei internen Leistungen erfolgt die Beratung und Interessenwahrung in einem gedeckten Rechtsfall durch die bei der Assista angestellten Rechtsanwälte und Juristen. Die Assista übernimmt dabei die anfallenden internen Kosten.

3.2

Externe Leistungen

Die Assista finanziert in gedeckten Rechtsfällen die folgenden Leistungen für die im Leistungskatalog gemäss Ziff. 6 genannten Risiken bis zur jeweils im Versicherungsvertrag vereinbarten maximalen Versicherungssumme:

- a) die vorprozessualen und prozessualen Anwaltskosten für den gebotenen Aufwand;
- b) die Kosten von Expertisen und Analysen, die im Einverständnis mit der Assista oder vom Gericht veranlasst werden;
- c) die dem Versicherten auferlegten Gerichts- und Verfahrenskosten;
- d) die dem Versicherten auferlegten Prozessentschädigungen an die Gegenpartei; die dem Versicherten zugesprochenen Prozessentschädigungen und Entschädigungen für Anwaltskosten stehen bis zur Höhe der von ihr erbrachten Leistungen der Assista zu;
- e) die Fahrspesen des Versicherten im Falle von gerichtlichen Vorladungen als beschuldigte Person oder als Prozesspartei, sofern diese Kosten (Tarif des öffentlichen Verkehrs) CHF 100 übersteigen. Bei einer Auslandsreise werden die Kosten übernommen, sofern diese im Voraus mit der Assista abgesprochen worden sind und die Anwesenheit erforderlich ist;
- f) Dolmetscherkosten bzw. die Kosten für Übersetzungen, die im Einverständnis mit der Assista oder von einem Gericht bzw. einer Behörde veranlasst werden;
- g) die Kosten für das Inkasso der dem Versicherten aus einem versicherten Rechtsfall zugesprochenen Forderungen bis zum Vorliegen eines provisorischen oder definitiven Pfändungsverlustscheines oder einer Konkursandrohung; sollte ein solches Inkassoverfahren ausserhalb der Schweiz durchzuführen sein, dann sind die Leistungen der Assista auf eine maximale Summe von CHF 5'000 begrenzt;
- h) die Kosten eines Mediationsverfahrens im Einvernehmen mit der Assista;
- i) die Strafkautions zur Abwendung einer Untersuchungshaft; diese Leistung wird nur vorschussweise erbracht und ist an die Assista zurückzuerstatten.

3.3

Wartefristen

Für folgende gemäss Ziff. 6 versicherte Risiken besteht keine Wartefrist:

Schadenersatzrecht, Privat- und Sozialversicherungsrecht, Strafrecht, Patientenrecht und Verwaltungsverfahren.

Für alle weiteren versicherten Risiken gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

Die Wartefristen entfallen bei Vorliegen einer Vorversicherung des selben Risikos und zeitlich nahtloser Versicherungsdeckung.

4

Beendigung der Versicherung durch Umzug ins Ausland

Verlegt die versicherte Person ihren Wohnsitz ins Ausland (das Fürstentum Liechtenstein ausgenommen), erlischt die Versicherung am Ausreisedatum, das der Gemeinde oder der kantonalen Behörde mitgeteilt worden ist.

5

Gerichtsstand und anwendbares Recht

Für Rechtsstreitigkeiten aus der Zusatzdeckung „Familienrechtsschutz für Firmeninhaber“ (ZAB Familienrechtsschutz für Firmeninhaber) anerkennt die Assista den Gerichtsstand am Wohnsitz des Versicherten. Hat er keinen schweizerischen oder liechtensteinischen Wohnsitz, gilt Bern als Gerichtsstand.

6

Versicherte Risiken

a) Schadenersatzrecht

Geltendmachung von Schadenersatz- und Genugtuungsansprüchen des Versicherten, die er durch ein Ereignis erlitten hat, für das ein Dritter ausschliesslich ausservertraglich haftet, inklusive Schadenersatzansprüche des Versicherten, die auf den gesetzlichen Bestimmungen über die Hilfe an Opfer von Straftaten beruhen.

b) Privatversicherungsrecht

Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche aus Privatversicherungsrecht.

c) Sozialversicherungsrecht

Streitigkeiten des Versicherten betreffend seiner Ansprüche aus Sozialversicherungsrecht.

d) Strafrecht

Verteidigung des Versicherten in gegen ihn selbst gerichteten Strafverfahren wegen fahrlässig begangener Straftaten.

Beteiligung des Versicherten als Zivilkläger, wenn eine solche sinnvoll ist, um Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche aus Körperschäden geltend zu machen.

Wird dem Versicherten eine vorsätzliche Straftat vorgeworfen, so werden Leistungen der Assista nur rückwirkend erbracht, sofern der Versicherte durch rechtskräftigen Entscheid vollumfänglich von diesem Vorwurf freigesprochen, das Verfahren bezüglich des Vorsatzdeliktes rechtskräftig vollumfänglich eingestellt oder das Bestehen einer Notwehr- oder Notstandssituation anerkannt wurde. Die Einstellung oder der Freispruch dürfen dabei nicht in Verbindung mit einer Leistung an den Strafläger oder an Dritte stehen.

e) Reiserecht

Streitigkeiten des Versicherten, die aus einem der folgenden Verträge (abschliessende Aufzählung) hervorgehen:

- Kreditkarte (benutzt während der Auslandsreise);
- Beförderung von Gepäck und Personen;
- Pauschalreise;
- Beherbergungs- und Gastaufnahmevertrag;
- Miete einer Ferienwohnung, eines Ferienhauses oder eines Campingstellplatzes für den Eigenbedarf (zeitlich beschränkt auf maximal 3 Monate).

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

f) Konsumentenrecht und andere Verträge

Streitigkeiten des Versicherten aus den folgenden Verträgen (abschliessende Aufzählung):

- Kauf/Verkauf (inkl. Kauf/Verkauf auf Internetplattformen);
- Tausch;
- Schenkung;
- Miete beweglicher Sachen;
- Leasing;
- Leihe;
- Hinterlegung;
- Transport;
- Konsumkredit;
- Kreditkarte;
- Werkvertrag;
- Abonnement;
- Telekommunikation.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

g) Arbeitsvertrag

Streitigkeiten des Versicherten mit seinem Arbeitgeber gestützt auf einen Arbeitsvertrag oder auf ein Dienstverhältnis

Bis zur Höhe eines Streitwertes von CHF 300'000 wird vollständiger Versicherungsschutz gewährt. Bei einem Streitwert über CHF 300'000 werden die Kosten proportional im Verhältnis der CHF 300'000 zum Streitwert übernommen. Der Streitwert entspricht der Gesamtheit aller Forderungen und nicht allein der Forderung gestützt auf eine allfällige Teilklage.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

h) Einfacher Auftrag

Streitigkeiten des Versicherten mit seinem Beauftragten, welche aus einem einfachen Auftrag resultieren.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

i) Mietvertrag

Streitigkeiten des Versicherten mit dem Vermieter der selbst bewohnten Wohnung oder dem selbst bewohnten Haus sowie Streitigkeiten des Versicherten in der Eigenschaft als Eigentümer oder Halter eines versicherten Fahrzeuges aus der Miete einer Garage, eines Park- oder Bootsplatzes.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

j) Sachenrecht

Zivilrechtliche Streitigkeiten aus Eigentum, Besitz oder anderen dinglichen Rechten an einem Motor- oder einem Wasserfahrzeug des Versicherten.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

k) Patientenrecht

Streitigkeiten des Versicherten bezüglich der Ansprüche gegenüber Ärzten, Spitälern und anderen medizinischen Institutionen infolge eines Fehlers bei der Diagnose oder der

Behandlung, einschliesslich der Verletzung der Aufklärungspflicht.

l) Verwaltungsverfahren

- Administrativverfahren bezüglich des Führerausweises oder des Fahrzeugausweises;
- Verfahren betreffend die Besteuerung der auf den Namen des Versicherten in der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein zugelassenen Motor- und Wasserfahrzeuge.

m) Arbeitsvertrag in der Eigenschaft als Arbeitgeber
Streitigkeiten des Versicherten als Arbeitgeber von Hausangestellten (Reinigung sowie Pflege und Betreuung von Personen), die im privaten Haushalt des Versicherungsnehmers angestellt sind, sofern die arbeitsbezogenen Melde- und Be-
willigungspflichten eingehalten worden sind.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

Ausschlüsse

7

Rechtsgebiete, die unter den versicherten Risiken gemäss Ziff. 6 nicht erwähnt sind, sind von der Versicherungsdeckung ausgeschlossen.

Zusätzlich besteht kein Versicherungsschutz für:

- a) Streitigkeiten im Zusammenhang mit haupt- oder nebenberuflicher selbständiger Erwerbstätigkeit sowie mit gewerbmässig genutzten Fahrzeugen, ausser in der Eigenschaft als Lenker oder Mitfahrer;
- b) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kauf und Verkauf von Wertpapieren, mit Termin-, Spekulations- und Anlagegeschäften, mit Fusion oder Übernahme eines Betriebs resp. eines Teils davon oder eines Vermögens sowie mit Spielen und Wetten;
- c) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Darlehen für gewerbliche Zwecke;
- d) Streitigkeiten der Versicherten im Zusammenhang mit
 - Erwerb, Veräusserung oder Zwangsvollstreckung von Immobilien;
 - Grundpfand;
 - Planung, Bau, Umbau oder Abbruch von Bauwerken und anderen Vorrichtungen;
- e) Streitigkeiten des Versicherten in seiner Eigenschaft als
 - Arbeitgeber, ausgenommen davon sind Streitigkeiten gemäss Ziff. 6 lit.m);
 - als Berufssportler und -trainer;
 - Eigentümer oder Miteigentümer eines Gebäudes oder Grundstückes (inkl. Stockwerkeigentum);
- f) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verwaltungsrats- oder ähnlicher Funktion des Versicherten in einer einfachen oder Handelsgesellschaft oder in einer Genossenschaft oder mit Unternehmen an denen er selbst beteiligt ist;
- g) Streitigkeiten im Zusammenhang mit Forderungen und Verbindlichkeiten, die an den Versicherten abgetreten worden oder infolge Erbrecht auf ihn übergegangen sind;
- h) Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Inkasso von Forderungen ausgenommen Ziff. 3.2 lit.g;
- i) die Abwehr von vertraglichen und ausservertraglichen Haftpflichtansprüchen, sofern eine leistungspflichtige Haftpflichtversicherung besteht oder von Gesetzes wegen bestehen müsste;
- j) Streitigkeiten unter den durch den selben Versicherungsvertrag versicherten Personen, ausgenommen die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers selbst;
- k) Streitigkeiten des Versicherten im Zusammenhang mit der Begehung von Verbrechen und anderen vorsätzlichen Vergehen, der vorsätzlichen Verletzung administrativer und strafrechtlicher Vorschriften sowie der Versuch dazu;
- l) Streitigkeiten, welche dem Versicherten als Beteiligter an Raufereien oder Schlägereien entstehen;
- m) Streitigkeiten im Zusammenhang mit kriegerischen oder terroristischen Ereignissen sowie der Veränderung der Atomstruktur;
- n) Verfahren vor internationalen und supranationalen Gerichtsinstanzen;
- o) Wahrung der Interessen des Versicherten als Lenker eines Fahrzeugs, wenn er zur Zeit des Ereignisses den erforderlichen Führerausweis nicht besass oder dieser ihm entzogen war;
- p) Streitigkeiten in Verbindung mit einer Teilnahme an Rennen, Rallyes oder ähnlichen Wettbewerben sowie Trainingsfahrten auf Trainingsanlagen;
- q) Streitigkeiten in Verbindung mit einem gerichtlich oder behördlich eingezogenen bzw. beschlagnahmten Motor- oder Wasserfahrzeug;
- r) Streitigkeiten mit den in einem von der Assista gedeckten Rechtsfall beauftragten Anwälten, Experten usw. sowie jene mit der Assista selbst;
- s) Ansprüche auf Schadenersatz und Genugtuung, straf- oder verwaltungsstrafrechtliche Verfahren oder sonstige vergleichbare Verfahren im Zusammenhang mit den vorher genannten Ausschlüssen

Baloise KMU Geschäftsversicherung

Zusätzliche Allgemeine Bedingungen (ZAB) für Betriebsrechtsschutz

1

Versicherte Personen, Eigenschaften und Immobilien

Die versicherten Personen, Eigenschaften und Immobilien sind in Ziff. L1.1 bis L1.3 in den Allgemeinen Vertragsbedingungen Betriebsrechtsschutz aufgeführt.

2

Versicherte Risiken

2.1

Erweiterter Vertragsrechtsschutz

- a) **Erweitertes Vertragsrecht**
Streitigkeiten des Versicherungsnehmers mit Kunden und Lieferanten von Waren und Dienstleistungen aus obligatorischen Verträgen und aus den folgenden zusätzlichen Verträgen (abschliessende Aufzählung):
- Wartungsvertrag;
 - Unterrichtsvertrag;
 - Sukzessivlieferungsvertrag;
 - Abonnements- und Telekommunikationsvertrag;
 - Energielieferungsvertrag;
 - Speditionsvertrag;
 - Leasingvertrag;
 - Beförderungsvertrag (Gepäck und Personen);
 - Reisevertrag;
 - Gastaufnahmevertrag;
 - Beherbergungs- und Bewirtungsvertrag.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

Für Streitigkeiten aus Werkvertrag und einfachem Auftrag betreffend Bauwerke bleiben folgende Bestimmungen vorbehalten:

- als Besteller bzw. Auftraggeber: Ziff. L1.4 lit.I (AVB Betriebsrechtsschutz);
- als Ersteller bzw. Auftragnehmer: Ziff. 2.1 lit.c (ZAB Betriebsrechtsschutz).

- b) **Alleinvertriebs- und Franchisevertrag**
Streitigkeiten des Versicherungsnehmers aus Alleinvertriebs- und Franchisevertrag über bewegliche Sachen und Dienstleistungen mit Lieferanten und dem Franchisegeber.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- c) **Werkvertrag und einfacher Auftrag betreffend Bauwerke**
Streitigkeiten aus Werkvertrag und einfachem Auftrag als Ersteller bzw. Auftragnehmer betreffend Bauwerke.

Ebenfalls versichert sind Verfahren betreffend die Eintragung von Bauhandwerkerpfandrechten, sofern diese im Zusammenhang mit einer gedeckten werkvertraglichen Streitigkeit stehen.

Streitigkeiten sind nicht versichert, wenn der Gesamtwerklohn des Versicherungsnehmers CHF 1'000'000 überschreitet.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

2.2

Wettbewerbsrechtsschutz

- a) **Immaterialgüterrecht**
Streitigkeiten aus Abwehr und Geltendmachung von Ansprüchen aus Marken-, Design-, Urheber- und Firmenrecht.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- b) **Unlauterer Wettbewerb**
Streitigkeiten aus Abwehr und Geltendmachung von zivilrechtlichen Ansprüchen und betreffend Verwaltungsverfahren aus unlauterem Wettbewerb sowie die Verteidigung in Strafverfahren.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- c) **Kartellrecht**
Streitigkeiten aus Abwehr und Geltendmachung von zivilrechtlichen Ansprüchen und betreffend Verwaltungsverfahren aus Wettbewerbsbehinderung sowie die Verteidigung in Strafverfahren.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

- d) **Datenschutzrecht**
Streitigkeiten gestützt auf schweizerisches und liechtensteinisches Datenschutzrecht.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

2.3

Inkassorechtsschutz

Inkasso von erfolglos gemahnten, nicht-periodischen und nicht-medizinischen sowie unbestrittenen und unverjährten Forderungen des versicherten Unternehmens aus Verträgen mit seinen Kunden bis zum Vorliegen eines Pfändungsverlustscheines oder einer Konkursandrohung.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

Die Deckung gilt für Forderungen ab einem Mindeststreitwert von CHF 500 und gegen Schuldner mit ausreichender Bonität.

Keine Deckung besteht, wenn zwischen der Rechnungsstellung und der Fallanmeldung mehr als 180 Tage verstrichen sind.

Wird im Inkassoverfahren Rechtsvorschlag erhoben, gilt die Forderung als bestritten.

2.4

All Rights Rechtsschutz

Streitigkeiten aus Rechtsgebieten und Risiken, die nicht über dieses Produkt versicherbar sind. Dabei ist es unerheblich, ob eine Grund- oder Zusatzdeckung vom Versicherungsnehmer abgeschlossen werden konnte oder nicht.

Für dieses Risiko gilt eine Wartefrist von 3 Monaten.

Die Ausschlüsse gemäss Ziff. BR6 lit.a) – p) gelten auch für den All Rights Rechtsschutz. Versicherte oder versicherbare Rechtsgebiete und Risiken, bei denen der im Leistungskatalog beschriebene Deckungsumfang durch die örtliche Geltung, die Definition der Risikoinhalte, die Versicherungssummen oder die Besonderheiten eingeschränkt ist, führen nicht zu einer weiterführenden Deckung über den All Rights Rechtsschutz.

Basler Versicherung AG

Aeschengraben 21, Postfach

CH-4002 Basel

Kundenservice 00800 24 800 800

kundenservice@baloise.ch

www.baloise.ch